

Absender Pro Wächtersbach e.V.
Andrea Euler
Ochsenberg 2
63607 Wächtersbach

Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur (BMVI)
Bundesminister Christian Schmidt
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Offener Brief

Wächtersbach, 29.01.2018

Sehr geehrter Herr Schmidt,

das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden der Menschen in unserem Land wird durch den Lärm, der uns umgibt, immer stärker beeinträchtigt.

Diese Mobilität findet ihre Gründe zu einem beträchtlichen Teil in unserem Wirtschaftssystem, das auf immerwährendem Wachstum gründet. Das ist legitim – sofern die Verantwortlichen der Politik, zu denen Sie an vorderster Front zählen, die Beeinträchtigungen für das wichtigste Wirtschaftsgut, den Menschen, geringhalten. Das jedoch ist aus unserer Sicht in nicht ausreichendem Maße gegeben. Die politisch gewollte Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene wird in der Bevölkerung eine breitere Akzeptanz finden, wenn der Lösung der Lärmproblematik eine größere Bedeutung beigemessen wird.

Eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Thema Bahnlärm findet nicht statt. Wie sonst kann es sein, dass für Neubaustrecken andere Grenzwerte gelten, als für die Bestandsstrecken? Erhöhter Verkehr erfordert gerade eine Neubewertung des Lärmschutzes an Bestandsstrecken. Aus diesem Grund erwarten wir die Umsetzung eines konsequenten Ausbaus des Lärmschutzes an Bahntrassen. Wir fordern, dass dieser Lärmschutz nach den aktuell geltenden Bestimmungen nicht nur für geplante Neubaustrecken umgesetzt wird. Bei einem Ausbau von Bahntrassen soll künftig auch die jeweilige Bestandsstrecke Lärmschutz nach den aktuell für Neubaustrecken geltenden Bestimmungen erfahren.

Deshalb bringen wir eine Petition auf den Weg, deren Text sich im Wortlaut anbei befindet. Diese soll dem Petitionsausschuss des Bundestags vorgelegt werden.

Sehr geehrter Herr Schmidt, wir bitten Sie: Setzen Sie sich Kraft Ihres Amtes dafür ein, dass der geforderte Lärmschutz für die beschriebenen Bestandsstrecken gesetzlich verankert wird. Und die dafür benötigten Gelder im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

Zeigen Sie, dass Ihnen die Belange zahlreicher Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind und Sie ihre legitimen Anliegen unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Euler

